

LEITARTIKEL

# Politik der Symbole statt echtem Handeln

**D**ie historische Verteilung der Eigentumsverhältnisse an der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) offenbart das Konstruktionsprinzip dieser Republik, wie sie sich nach dem Krieg neu aufgestellt hat: Offiziell gehört die Hälfte dem Staat (vertreten durch den Finanzminister, der nur aufgrund einstimmiger Ministerratbeschlüsse aktiv werden kann – so traditionell Rot und Schwarz das Sagen haben). Der Rest war anfangs direkt im Eigentum der beiden staats-tragenden Parteien bzw. von Interessensvertretungen und Finanzinstitutionen, die – schön halbe halbe – diesen beiden Parteien zuzurechnen waren.

Die schwarz-rote Eintracht ist durch den Untergang der Bawag ja bereits gestört worden, in dessen Folge die Aktien von Bawag und OeNB an den Staat fielen. Dass dieses Symbol der Parteinormierung über die Republik jetzt endgültig gekippt werden soll,

hat historische Logik. Die Nachkriegszeit ist spätestens seit dem schwarz-blauen Regierungswahlversuch zu Beginn dieses Jahrhunderts Geschichte – selbst wenn man konzediert, dass die früheren Ein-Parteien-Regierungen unter Josef Klaus und Bruno Kreisky den schwarz-roten Grundkonsens dieser Republik unangestastet ließen.

Dass Banken, die der Aufsicht der OeNB unterstehen, nicht gleichzeitig auch deren Eigentümer sein sollten, ist für die Änderung der Eigentumsverhältnisse nur ein stützendes Argument. Alles spricht für eine Totalverstaatlichung – fast alles: Eine Notenbank, deren Eigentümervertreter der Finanzminister ist, hat natürlich auch ihre Tücken – aber seit Einführung des Euro kann die OeNB ja wenigstens nicht mehr nach Belieben Geld drucken.

Dass gerade jetzt – mehr als ein Jahr nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, die die Angreifbarkeit des Finanzsystems (weltweit und in Österreich) augenscheinlich gemacht hat – die Reform des Systems ausgerechnet mit einem Hickhack über die Verstaatlichung der OeNB beginnt, zeigt freilich, dass es wieder einmal bloß um eine Politik der Symbole geht statt um echtes Handeln.

Dass im Zuge der Krise (oder auch erst in deren Nachgang – darüber kann man streiten) auch die eine oder andere österreichische Bank ins Trudeln kam, lag nicht an den Besitzverhältnissen der OeNB, sondern an offensichtlichen Mängeln in der Kontrolle. Eine Reform des Systems muss daher primär diese bisherigen Mängel beseitigen.

Kurz Eine Reform der Finanzaufsicht (FMA) ist der wichtigste Punkt auf der Agenda. Danach kann man auch über Symbole reden.

[www.wirtschaftsblatt.at](http://www.wirtschaftsblatt.at) **OTON**

US-Earnings season: Nur die Banken sind zu wenig. Jedes von der Finanzminister waren Unternehmensergebnisse ungleich verteilt und zu verschiedenen Stellen in der nach Beschäftigungsproblemen relativ kleinen Finanzwirtschaft zu finden. Heute, zwei Jahre später, wenn die Analysten eine sehr schwache Realwirtschaft, aber stark steigende Gewinne bei der Finanzwirtschaft. Der Wunsch der Wirtschaftskrise mit Millionen von Arbeitslosen und fallenden Entlohnungen hat die Verluste überkompensiert. Die Leistungen dafür müssen irgendein Bedürfnis. Es kann eine Wertschöpfung der Ökonomie Realwirtschaft Finanzwirtschaft bewahrt werden, die Leistungen von der Realwirtschaft abstrahiert. Wenn die Staaten beginnen, die Defizite in den Griff zu bekommen, geht es wieder auf Kosten der Realwirtschaft.

Wenn die Banken eine übermäßige Haftung haben und die Realwirtschaft weiter so überfordert, scheint das eine vielbeachtete noch gefährlichere Idee zu sein als die von 2008/09. Denn jetzt sind alle „Aufhängen“ leer.“

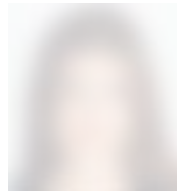
Martin Busch

Der Autor ist ein unabhängiger Finanzjournalist. Er ist nicht für die Inhalte der Artikel verantwortlich. Die Redaktion ist nicht für die Inhalte der Artikel verantwortlich.

BEOBSACHTET

# Nicht schon wieder ein Immo-Boom

**U**nser Markt kommt von einer Immobilienfirma eine Jubelmeditation zum Wohn- und Investitionsmarkt: Diesmal ist es die Zinshausfirma Conwert, die bekannt gibt, dass sie 2009 deutlich mehr Wohnungen verkauft hat als geplant. Das ist schön für die Conwert und auch richtig, aber man muss die Kirche im Dorf lassen. Der immer wieder von Maklern und Immo-Unternehmen herbeigeredete neue Immo-Boom existiert nicht. Die gemeldete, überbordend starke Nachfrage von Privaten nach Wohnungen und von institutionellen Investoren nach Investmentimmobilien gibt es nicht. So einfach ist das. Und genauso wenig gibt es die



INNA FRÖHMANN  
Wirtschaftsblatt  
wirtschaftsblatt.at

mancherorts gerne kolportierten, in die Höhe schießenden Preise von Eigentum, Miete oder Anlageobjekten.

Liebespreise. Während es gibt immer wieder bemerkenswerte Deals, wo Liebhaberpreise bezahlt werden. Es gibt selten Arten von Wohnungen, die stark gefragt sind und die fünfmal gleichzeitig

verkauft werden könnten. Aber ein paar Schwächen machen bekanntlich nach keinen Sommer. Und, um auf die Conwert zurückzukommen: Diese hat nicht nur Einzelwohnungen an Privats, sondern auch ganze Wohnungspakete und Zinshäuser an Investoren verkauft. Das sind unterschiedliche Bereiche, in denen sich die Nachfrage voneinander unabhängig entwickelt.

Entscheidendes Kriterium für alle ist die Qualität. Eine gute Wohnung mit einem vollen Grundriss und in attraktiver Lage wird sich immer schnell verkaufen, ebenso ein Zinshaus mit Potenzial. Abgesehen von diesem Dauerbrenner ist der Transaktionsmarkt heute wie 2009 fest.

GASTKOMMENTAR

# Anleitung zur Verwaltungsexplosion



Die Bedürfnisse der Unternehmen sind für Behörden oft lediglich Wunschvorstellungen

**S**elten eignet sich ein Thema so sehr für nachhaltigen Misserfolg in der Volkswirtschaft wie die exzessive staatliche Verwaltung der Unternehmen selbst. Die „Anleitung zur Verwaltungsexplosion“ garantiert Ihnen bei konsequenter Befolgung herausragende Ergebnisse. Ein Überschäumen der Administration will nämlich durchdacht sein und bedarf intensiver Planung. Die folgenden fünf Gebote führen zuverlässig zur „Verwaltungsexplosion“: Ändern Sie einfach Ihre Sicht der Dinge.

**Gebot eins:** Sehen Sie Bedürfnisse des Unternehmers als das, was sie wirklich sind: Humorvolle Wunschvorstellungen einer abhängigen Gesellschaftsschicht. Amüsieren Sie sich über die Naivität der Wirtschaftstreibenden. Sollten diese annehmen, dass nach intensiver eigener Geschäftsvorbereitung und meist zähen Finanzierungsverhandlungen nun der Weg frei ist, um durch unternehmerische Leistung notwendige Gewinne zu erzielen, aus denen via Steueraufkommen sämtliche Staatsdiener bezahlt werden, so haben sich alle Beteiligten getäuscht. Erst wenn jedes Rädchen im Verwaltungsex-

apparat sein Okay gibt, darf in Österreich gearbeitet werden.

**Gebot zwei:** Sehen Sie Arbeitsgeschwindigkeit als das, was sie wirklich ist: Ab einem gewissen Tempo der Gesundheit der Sachbearbeiter abträglich. Arbeiten Sie so, als ob Sie unkündbar wären. Arbeiten Sie so, als würde Ihnen die Tätigkeit keine Freude bereiten. Arbeiten Sie so, als hätten Sie keinen inneren Antrieb. Arbeiten Sie so, als hätten Sie ein Monopol auf Ihre Tätigkeit. Gehen Sie davon aus, dass niemand an Ihnen „vorbeikommt“ – wozu also freundlich sein? Arbeiten Sie mit monatlichen Fristen und schöpfen Sie diese aus, der Gesetzgeber wird sich dabei schon etwas gedacht haben. Stoppen Sie engagierte Kollegen oder machen Sie diesen pflichtbewusst das Leben schwer. Es könnten unangenehme Fragen auf Sie zukommen, wenn strebsame Beamte Ihre harte Arbeit in der Hälfte der von Ihnen benötigten Zeit erledigen.

**Gebot drei:** Sehen Sie Ihren Arbeitsbereich als das, was er wirklich ist: Entscheidend für das Wohl der Republik. Wenn die Volkswirtschaft ohne Ihren hoheitlichen Beitrag aus-

kommen müsste, wäre der Untergang Österreichs programmiert. Ohne die Bescheide Ihres Bereiches und die vorausgegangene intensive Prüfung der Sachverhalte entstünde sofortiges Chaos. Es gilt, Beiräte zu hören, Gutachten einzufordern und Sachverständige zu konsultieren, die ihrerseits Selbstverständlichkeiten zu untersuchen haben. Arbeitskreise sind zu bilden, Besprechungen abzuhalten und Lokalausweise vorzunehmen. Nehmen Sie hierbei jede

**IHRE MEINUNG AN:**  
ISABELL WIDEK  
isabell.widek@wirtschaftsblatt.at

Möglichkeit wahr, um Ihre Wichtigkeit zu unterstreichen und stellen Sie Fragen in den Raum, die nur Sie selber beantworten können. Halten Sie Monologe bei Besprechungen. Verlieren Sie sich in Einzelheiten. Erklären Sie die genauen Hintergründe und entscheidenden Fragen Ihrer Tätigkeit. Berichten Sie allen über die Wirrungen von Amtstiteln, Gehaltsstufen und Sonderzulagen, Ihre Zuhörerschaft wird es Ihnen danken.

**Gebot vier:** Sehen Sie Ihre Arbeitsaufgaben als das, was sie

wirklich sind: Kostenpflichtig. Wo kämen wir hin, wenn Ihre Leistungen bereits durch das Steueraufkommen gedeckt wären. Verwaltungsgebühren sind das Salz in der Suppe und geben den Antragstellern eine Idee davon, wer hier wen abkassiert. Auch Bußgelder eignen sich bestens, um gute Stimmung zu verbreiten. Strafen Sie nach Herzenslaune. Arbeiten Sie nicht, strafen Sie! Verbessern Sie nicht, strafen Sie! Vermitteln Sie nicht, sondern strafen Sie!

**Gebot fünf:** Sehen Sie sich selbst als das, was Sie wirklich sind: Als Verantwortlicher der öffentlichen Verwaltung einfach genial. Niemals dürfen Sie vergessen, dass der sicherste Weg zur Verwaltungsexplosion über Ihr Selbstverständnis führt. Seien Sie restlos von sich selbst überzeugt und verlieren Sie den Kontakt zur Wirklichkeit. So bleiben Sie nachhaltig in Erinnerung.



CHRISTIAN A. PONGRATZ

Gründer durchdacht.cc Consulting und betriebs-desaster.cc